

Satzung

Satzung der **FVW e.V.**

Eingetragen im Vereinsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main, Nr. VR4158

Gemäß den Mitgliederbeschlüssen vom 09. November 2021

§1 Name und Sitz

Die Vereinigung führt den Namen

»FVW e.V.«.

Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist in das dortige Vereinsregister eingetragen.

§2 Zweck

Zweck der Körperschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Förderung der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Verbrennungskraftmaschinen - Verbrennungsmotoren, Hybride, Turbomaschinen und Brennstoffzellen - und deren technologischem Umfeld sowie deren Kraft- und Betriebsstoffen und der Schaffung aller hierzu notwendigen technisch-wissenschaftlichen Voraussetzungen.

Dazu sollen Forschungsaufgaben vorbereitet und durch Vergabe an Forschungsinstitute, andere Forschungseinrichtungen oder Einzelpersonen durchgeführt werden.

Die Körperschaft darf sich zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben einer Hilfsperson im Sinne des § 57 Abs. 1 S. 2 AO bedienen, soweit sie die Aufgaben nicht selbst wahrnehmen kann oder will.

Die Ergebnisse dieser Forschungsaufgaben werden durch Veröffentlichung der Allgemeinheit zugänglich gemacht.

Die Körperschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts »Steuerbegünstigte Zwecke« der Abgabenordnung.

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel der Körperschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen gemeinnützigen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft.

§3 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§4 Mitgliedschaft

Die Körperschaft besteht aus ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern.

Ordentliche Mitglieder können Hersteller von Verbrennungskraftmaschinen oder von technischem Zubehör zu Verbrennungskraftmaschinen sowie Dienstleistungsunternehmen werden, die schwerpunktmäßig auf dem Gebiet der Verbrennungskraftmaschinen tätig sind, deren Sitz und Fertigung bzw. deren Sitz im Falle eines Dienstleistungsunternehmens in der Bundesrepublik Deutschland liegt.

Außerordentliche Mitglieder können juristische und natürliche Personen, Vereinigungen dieser Personen sowie wissenschaftliche Institute werden, die ein Interesse an der Förderung des Baues und der Entwicklung von Verbrennungskraftmaschinen und deren technischem Zubehör haben und die den Voraussetzungen zur Erwerbung der ordentlichen Mitgliedschaft nicht entsprechen.

§5 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft ist freiwillig.

Die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern erfolgt aufgrund von schriftlichen Anträgen durch Beschluss des Vorstandes; in Sonderfällen kann der Vorstand einen Antrag auf Mitgliedschaft nach Prüfung und mit Bericht der Mitgliederversammlung zum Beschluss vorlegen.

Die Beendigung der Mitgliedschaft tritt ein:

- Mit Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Schluss eines Geschäftsjahres; die Austrittserklärung ist schriftlich und eingeschrieben abzugeben.
- Ohne Kündigung durch Tod, Löschung der Firma oder Eröffnung des Konkurses.
- Durch Ausschluss; der Ausschluss kann durch Vorstandsbeschluss erfolgen, wenn ein Mitglied die durch den Beitritt zur Körperschaft übernommenen Verpflichtungen trotz Aufforderung nicht erfüllt oder den Interessen der Körperschaft zuwidergehandelt hat. Gegen den Ausschluss hat das Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung, deren Entscheidung endgültig ist.

Mit dem Ende der Mitgliedschaft erlischt jeglicher Anspruch an die Körperschaft, und zwar sowohl auf Teilnahme an den erarbeiteten Forschungsergebnissen als auch in finanzieller Hinsicht.

§6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen der Körperschaft zu benutzen, Auskünfte aus dem Erfahrungsbereich der Körperschaft zu verlangen und Vorschläge für die Inangriffnahme, Ergänzung oder Erweiterung sowie Beschränkung von Forschungsaufgaben zu machen. Sie haben das Recht zum regelmäßigen kostenlosen Bezug der Rundschreiben und der Forschungsberichte.

In Mitgliederversammlungen hat jedes ordentliche Mitglied eine Stimme. Außerordentliche Mitglieder nehmen mit beratender Stimme teil.

Alle Mitglieder sind verpflichtet, Jahresbeiträge zu leisten. Die Höhe dieser Jahresbeiträge wird von der Mitgliederversammlung in einer Beitragsordnung festgelegt.

Die durch die Beiträge der Mitglieder aufgebrachten Mittel und die staatlichen Zuschüsse sollen ausschließlich der Erfüllung der Forschungsvorhaben der Körperschaft dienen. Ihre Verwendung für Verwaltungsaufgaben ist auf das notwendige Maß zu beschränken.

§7 Organe der Körperschaft

Die Organe der Körperschaft sind:

- der Vorstand
- der Beirat
- die Mitgliederversammlung.

§8 Vorstand

Der Vorstand besteht aus höchstens 20 Personen, die auf der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 2 Jahren gewählt werden, sowie zusätzlich dem jeweiligen Beiratsvorsitzenden. Über die effektive Zahl der Vorstandsmitglieder entscheidet jeweils die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes. Der Vorstand führt die Geschäfte bis zur Neuwahl fort; Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand wählt aus seinen Reihen einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist der Vorsitzende und sein Stellvertreter. Jeder von ihnen ist allein vertretungsberechtigt.

Die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder ist ehrenamtlich.

Der Vorstand leitet die Körperschaft und sorgt für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Er ist an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden, entscheidet aber in deren Rahmen frei. Er ist berechtigt, im Rahmen des Haushaltsplans finanzielle Verfügungen zu treffen.

Der Vorstand beschließt über:

- Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern;
- Aufstellung des Haushaltsplans und der Jahresabrechnung, die von der Mitgliederversammlung zu genehmigen sind;
- Bestellung der Geschäftsführung und der wissenschaftlichen Mitarbeiter;
- Durchführung und Finanzierung von Forschungsaufgaben auf Grund der Vorschläge des Beirats;
- Angelegenheiten, die ihm von der Mitgliederversammlung besonders übertragen werden.

Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit der erschienenen Vorstandsmitglieder. Der Vorstand kann Beschlüsse auch schriftlich, telefonisch oder per E-Mail, in einer Videokonferenz oder in einer gemischten Sitzung aus Anwesenden und Videokonferenz fassen, wenn kein Mitglied des Vorstands diesem Verfahren widerspricht.

§9 Beirat

Jedes Mitglied hat das Recht, einen Vertreter in den Beirat zu delegieren. Dieser Vertreter soll innerhalb seiner Firma im Bereich Forschung und Entwicklung an leitender Stelle tätig sein.

Der Beirat hat die Aufgabe, Forschungsvorhaben auszuarbeiten und Vorschläge über ihre Durchführung einschließlich ihrer Finanzierung zu machen, die vom Vorstand zu genehmigen sind. Er überwacht die Ausführung der Forschungsaufgaben. Er kann Ausschüsse (Arbeitskreise) einsetzen und deren Aufgabenbereich festlegen, soweit ihm dies zweckmäßig und notwendig erscheint.

Der Beirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter auf die Dauer von drei Jahren. Die Sitzungen des Beirats werden von seinem Vorsitzenden, in dessen Verhinderungsfall von seinem Stellvertreter, geleitet.

Die Tätigkeit der Mitglieder des Beirats ist ehrenamtlich.

§10 Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand mindestens einmal jährlich einzuberufen. Die Einladung zu dieser Mitgliederversammlung muss die vollständige Tagesordnung enthalten und mindestens

zwei Wochen vorher in elektronischer Form oder per Post versendet worden sein.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen können in der gleichen Weise einberufen werden, wenn der Vorstand es für notwendig hält oder mindestens die Hälfte aller Mitglieder es beantragt.

Der Vorstand kann nach seinem Ermessen beschließen und in der Einladung mitteilen, dass die Mitglieder an der Mitgliederversammlung ohne Anwesenheit an einem Versammlungsort teilnehmen und ihre Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können oder müssen (Online-Mitgliederversammlung).

Die Mitglieder können sich mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen, wobei ein Vertreter das Stimmrecht für nicht mehr als fünf Stimmen wahrnehmen kann.

Die Mitgliederversammlung entscheidet über:

- Genehmigung des Berichts über das abgelaufene Geschäftsjahr;
- Abnahme der Rechnungslegung für das abgelaufene Geschäftsjahr;
- Rechnungsplanung für das laufende Geschäftsjahr sowie Entlastung des Vorstands und der Geschäftsführung;
- Höhe und Fälligkeit der Beiträge für ordentliche und außerordentliche Mitglieder nach einer von ihr besonders zu beschließenden Beitragsordnung;
- Berufung gegen den Ausschluss eines Mitglieds;
- Aufnahme neuer Mitglieder, soweit die Entscheidung vom Vorstand vorgelegt wird;
- Änderung der Satzung sowie Auflösung der Körperschaft.

Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied geleitet.

Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vertreter der Mitglieder beschlussfähig.

Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden bzw. an einer Online-Mitgliederversammlung teilnehmenden oder durch Vollmacht vertretenen Mitglieder.

Beschlüsse können im Ausnahmefall auch ohne Abhaltung einer Mitgliederversammlung auf Grund schriftlicher Abstimmung gefasst werden, wenn der Vorstand nach seinem Ermessen eine schriftliche Abstimmung beschließt. Diese sind gültig, wenn die Mehrheit, im Falle einer Satzungsänderung oder Auflösung der Körperschaft die Zweidrittelmehrheit der abgegebenen berechtigten Stimmen zustimmt.

§11 Ausschüsse

Die Mitarbeit in den vom Beirat eingesetzten Ausschüssen ist ehrenamtlich und persönlich. Den Aufgabenbereich und die Arbeitsweise der Ausschüsse bestimmt der Beirat.

§12 Niederschriften

Über alle Sitzungen des Vorstandes, des Beirats, der Mitgliederversammlung und der Ausschüsse sind Niederschriften anzufertigen, die vom jeweiligen Leiter der Sitzung und dem Geschäftsführer zu unterzeichnen sind.

§13 Geschäftsführung

Der Vorstand bestellt die Geschäftsführung, die die Geschäfte nach Maßgabe der Satzung sowie nach den Beschlüssen der Organe zu führen hat, sowie ggf. eine stellvertretende Geschäftsführung. Die Geschäftsführung ist an die Weisungen des Vorstands gebunden und für die Durchführung der von der Mitgliederversammlung gefassten Beschlüsse verantwortlich.

Die Geschäftsführung hat das notwendige Personal einzustellen; technisch-wissenschaftliche Referenten sind dem Vorstand zur Anstellung vorzuschlagen.

§14 Satzungsänderung, Auflösung

Beschlüsse über Änderung der Satzung sowie über die Auflösung der Körperschaft bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der in der Mitgliederversammlung abgegebenen Stimmen. Im Falle der Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke, fällt das Vermögen der Körperschaft der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bad Godesberg, zu, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Die Zuwendungen von Vermögen oder Vermögensteilen an Mitglieder der Vereinigung ist ausgeschlossen.

Im Fall der Auflösung bestellt die Mitgliederversammlung für die Abwicklung der Geschäfte zwei Liquidatoren.

Frankfurt am Main, 09. November 2021